

chef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlagsgesellschaft, Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Druck: Druckerei in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 26. September 1989

Blatt 2084

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Matzenauer zum Rechnungshofrohbericht (2096/2097)

Zilk: Wir können die neuen Pläne für die Roßauer Kaserne nicht zur Kenntnis nehmen (2099)

Kommunal/Lokal:

„37 A“ kein „8er“-Ersatz (2085/FS: 25.9.)

AlleinerzieherInnen durch Mehrkindstaffelung benachteiligt (2086)

Maitre Gaston Lenotre in der Kurkonditorei Oberlaa (2087)

Der Zweite Weltkrieg in Personenstandsbüchern (2088)

Mit der U 6 kommen Verbesserungen auf vielen Linien (2089-2091)

Wiener Verkehrsunfallstatistik 1988 (2092/2093)

Wettbewerb Eissporthalle Wien 22 (2094/2095)

Mexikoplatz: Zilk ersucht Innenminister um Hilfe (2100)

Kein Dioxin in Wiens Milch (2101)

Ungarische Regierung beschließt EXPO-Teilnahme (2102)

Brand in Discothek (nur FS)

Kultur:

Kulturstadträtin Pasterk zur 2. Phase Wettbewerb Messepalast (2098)

„37 A“ kein „8er“-Ersatz

Wien, 25.9. (RK-KOMMUNAL) Zu einer Aussendung der Grünen stellte Verkehrsstadtrat Johann HATZL Montag gegenüber der „RATHAUS-KORRESPONDENZ“ fest, daß die Linie „37 A“ keineswegs als Ersatz für den „8er“ gedacht ist. Vielmehr soll sie die Linie „44“ und die Wirtschaftsuni vorübergehend besser an die U-Bahn anschließen. Durch eine Verlegung der Gleise der Linie „44“ zur U 6-Station Hernalser Hauptstraße sowie durch den beabsichtigten Bau einer eigenen U-Bahn-Station im Bereich der Wirtschaftsuniversität und des dortigen Behördenzentrums im Zuge der Verlängerung der U 6 bis Floridsdorf wird sich die Linie „37 A“ wieder erübrigen.

Zur Forderung nach einer Volksbefragung stellte Hatzl fest, er halte eine solche grundsätzlich für kein geeignetes Mittel einer überregionalen Verkehrspolitik. Wenn sich nicht ein sehr hoher Prozentsatz der Wahlberechtigten von ganz Wien daran beteilige, bestehe die Gefahr, daß solche Volksbefragungen zum Diktat einer Minderheit ausarteten und der Mehrheit schaden. (Schluß) roh/rr

Bereits am 25. September 1989
über Fernschreiber ausgesendet

AlleinerzieherInnen durch Mehrkindstaffelung benachteiligt

Wien, 26.9. (RK-KOMMUNAL) Gerade alleinerziehende Mütter haben, wie der Sozialbericht des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zeigt, meist wesentlich ungünstigere Arbeitsbedingungen als Frauen mit Partner. Diese Gruppe alleinerziehender Frauen (aber auch Männer) würde durch eine Mehrkind-Staffelung der Familienbeihilfe, da sie ja meist nicht mehrere Kinder haben, weniger unterstützt. Darauf wies Frauenstadträtin Christine SCHIRMER Dienstag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ hin. Schirmer betonte, daß diese von der ÖVP geforderte Staffelung der Familienbeihilfe nach der Kinderzahl eine Ungerechtigkeit darstellen würde.

Die Differenzen zwischen Frauenlöhnen und -gehältern und jenen der Männer, wie sie auch im Sozialbericht erwähnt werden, sind ja bereits ausführlich dargestellt worden, sagte Schirmer weiter. Der Sozialbericht weist aber auch auf die schlechtere Arbeitssituation speziell der Alleinerzieherinnen hin. So sind

- Alleinerzieherinnen häufiger als andere durch Wochenarbeitszeiten von mehr als 40 Stunden besonders belastet.
- Teilzeitbeschäftigungen bei Alleinerzieherinnen nur in geringem Ausmaß — weniger als bei Frauen mit Partner bzw. Familie — gegeben.
- Generell arbeitet jede 8. Frau mit Kind am Samstag-Vormittag, jede zehnte am Wochenende, zwischen 3 und 6 Prozent abends bzw. in der Nacht.

Bei Schicht-, Wechsel-, Turnusdienst liegen die Anteile der Alleinerzieherinnen und der Frauen mit Partner mit kleineren Kindern über einem Zehntel und damit sogar über dem Vergleichswert aller Frauen.

- Bei Alleinerzieherinnen wirkt sich die Struktur der Beschäftigten — hohe Anteile in Dienstleistungsbranchen — zusätzlich belastend aus.

„Dies zeigt deutlich, daß Alleinerzieherinnen einen wesentlich ungünstigeren Arbeitsablauf als solche mit Partner haben und in einer besonders ungünstigen Situation sind“, sagte die Frauenstadträtin dazu. Zusätzlich verlangen auf der einen Seite Unternehmer noch weiter verlängerte Öffnungszeiten und damit schlechtere und familienfeindlichere Arbeitszeiten, wie zum Beispiel im Verkauf (Handel), andererseits sollte sich die Wirtschaft darüber im klaren sein, ohne berufstätige Frauen nicht auszukommen.

Die von der ÖVP verlangte Mehrkindstaffelung, also mit jedem weiteren Kind eine jeweils höhere Familienbeihilfe, würde eine Benachteiligung der ersten und zweiten Kinder und dadurch speziell der Kinder von AlleinerzieherInnen, die ja selten mehr als zwei Kinder haben, bringen. „Es wäre daher höchste Zeit, eine für alle Kinder höhere Beihilfe zu beschließen, eine Altersstaffelung miteinzubeziehen und nicht eine nach der 'Kopfanzahl'“, verlangte Stadträtin Schirmer. Frauen bzw. Familien zu bevorzugen, nur weil sie mehr Kinder haben, ist sicher der falsche Weg zu mehr Familienfreundlichkeit. Es müßten nämlich grundsätzlich in allen Bereichen mehr kinderfreundliche und familienfreundliche Bedingungen und Einrichtungen geschaffen werden. „Das erstgeborene Kind darf uns nicht weniger wert sein als das zweit- oder drittgeborene“, schloß Schirmer. (Schluß) hrs/gg

Maitre Gaston Lenotre in der Kurkonditorei Oberlaa

**Einer der berühmtesten Pâtisseries der Welt auf
Erfahrungsaustausch in Wien**

Wien, 26.9. (RK-LOKAL) Mit drei seiner Mitarbeiter kommt Maitre Gaston LENOTRE — nach Ansicht vieler Experten der berühmteste Pâtisseur — zu einem Erfahrungsaustausch mit Chefpâtisseur Karl SCHUHMACHER in die Kurkonditorei Oberlaa. Er hält sich zwei Tage, 26. und 27. September, in Wien auf.

Für das Haus LENOTRE, dessen Stammsitz sich in Paris befindet, gibt es kein kulinarisches Problem und auch keine Grenzen. Es arrangiert und beliefert Feste und Veranstaltungen in aller Welt. Und es unterhält auch eine Schule für die Weiterbildung von Pâtisseries. Anmeldungen für diese Schule kommen aus aller Herren Länder.

Für die Kurkonditorei Oberlaa ist der Besuch Lenotre's nicht nur eine Ehre, sondern auch eine Bestätigung des hohen Standards.

Maitre Lenotre wird am Mittwochvormittag auch dem Stadthaus der Kurkonditorei Oberlaa auf dem Neuen Markt einen Besuch abstatten. (Schluß)
wh/rr

Der Zweite Weltkrieg in Personenstandsbüchern

Ausstellung im Arkadenhof

Wien, 26.9. (RK-KOMMUNAL) Vor 50 Jahren, am 1. September 1939, begann der Zweite Weltkrieg. Neun Monate zuvor, am 1. Jänner 1939, trat das reichsdeutsche Personenstandsgesetz auch in Österreich, der damaligen „Ostmark“, in Kraft.

Die Wiener Standesämter nehmen dieses doppelte Gedenkjahr zum Anlaß für die Ausstellung „Der Zweite Weltkrieg aus der Sicht der Personenstandsbücher“. In dieser Ausstellung, die ab 2. Oktober bis einschließlich 1. Dezember, im Arkadenhof des Rathauses, soll das persönliche Leid der Bevölkerung, das sinnlose Sterben „im Feld“ und in der Heimat, die Grausamkeit und das Unrecht dieser Zeit gezeigt werden. Gerade die nüchternen Eintragungen in den Personenstandsbüchern sollen dies vor Augen führen, sollten betroffen machen.

Zu sehen ist auch, wo überall Österreicher einen sinnlosen Tod gestorben sind: von Polen über Frankreich und Rußland bis zum Indischen Ozean.

Die Ausstellung ist in drei Teile gegliedert:

- **Die Entwicklung des Personenstandswesens bis zum 31. Dezember 1938**
Hier wird ein kurzer geschichtlicher Abriß des Personenstandswesens und der Beurkundung von Personenstandsfällen von 1564 bis 1938 gezeigt. Unter den Exponaten sind Faksimile konfessioneller „Altmatriken“, „Zivilmatriken“ und der „Heeresmatriken“ hervorzugeben.
- **Der Zweite Weltkrieg aus der Sicht der Personenstandsbücher**
Dieser Hauptteil der Ausstellung beschäftigt sich mit den Kapiteln:
DER TOD IM FELD
Kriegssterbefälle in aller Herren Länder und unter den furchtbarsten Bedingungen
DER TRAUM VOM GLÜCK
Ehen, während eines Urlaubes geschlossen und nach wenigen Tagen durch den Tod beendet; Ferntrauungen, bei denen der Bräutigam „im Feld“ weilte; Eheschließungen, bei denen der Bräutigam bereits gefallen war.
UNTER BOMBEN
Bei 53 Fliegerangriffen wurde fast jedes dritte Haus in Wien zerstört oder beschädigt, 24.300 Personen fanden den Tod. In den Familienbüchern finden sich Eintragungen, wo Ehepaare an verschiedenen, weitentfernten Orten fast gleichzeitig ums Leben kamen.
HINRICHTUNGEN
Im Landesgericht wurden 1.184 Menschen hingerichtet. Am 30. Juni 1943 allein waren es 30, rund alle 2 Minuten fiel das Beil.
AM ENDE BLIEBEN
verzweifelte Soldaten, die auf der Flucht oder bei der Festnahme erschossen wurden, Mord, Selbstmord und der Hungertod, aber auch neuerliche Exekutionen im „Verteidigungsbereich Wien“.
- **Das moderne Personenstands „Buch“**
Ein kurzer Überblick der Entwicklung vom Buch zur EDV-Datei, von der Handschrift zum Computerausdruck.

Die Ausstellung kann bei freiem Eintritt vom 2. Oktober bis einschließlich 1. Dezember, Montag bis Freitag (ausgenommen Feiertage) zwischen 7.30 und 17.30 Uhr im Arkadenhof des Rathauses beim Eingang Friedrich-Schmidt-Platz besichtigt werden. Anschließend zieht die Ausstellung durch einige der Wiener Standesämter, beginnend mit dem Standesamt Innere Stadt (Wien 8, Schlesingerplatz 4, 2. Stock, vom 11. Dezember 1989 bis 5. Jänner 1990) und dem Standesamt Hietzing (Wien 13, Hietzinger Kai 1-3/ Eingang: Dommayergasse 12/1. Stock, vom 10. Jänner bis 12. Februar 1990). Die Öffnungszeiten in diesen Ämtern sind Montag bis Freitag (werktags) von 8 bis 15 Uhr. (Schluß) hrs/bs

Mit der U 6 kommen Verbesserungen auf vielen Linien

Wien, 26.9. (RK-KOMMUNAL) Mit der Inbetriebnahme der U 6 (7. Oktober, 9.30 Uhr, Station Philadelphiabrücke) wird nicht nur die Stadtbahn bis dorthin verlängert, Wien erhält vielmehr durch den Umbau der Stadtbahnstrecke (1,4 Milliarden), den Neubau der unterirdischen Verbindung zur Südbahn (4,7 Milliarden) sowie die Anschaffung zusätzlicher moderner Garnituren (1,2 Milliarden) eine neue Hochleistungsstrecke, die später als Nord/Süd-Durchmesser Wien von Floridsdorf bis Siebenhirten kreuzungsfrei und ohne Behinderungen durch den Individualverkehr, in dichtem Intervall und mit hohem Tempo, durchquert wird.

Auf der ehemaligen Stadtbahnstrecke wurden zwei neue Haltestellen (Thaliastraße und Michelbeuern) und ein zusätzlicher Ausgang (Burggasse) errichtet sowie die Ausstattung der Stationen unter anderem durch den Aufzugseinbau wesentlich verbessert. Die komplette Erneuerung der Signalanlagen ermöglicht eine dichtere Zugfolge und damit ein größeres Platzangebot als auf der ehemaligen Stadtbahn. Durch die Erneuerung der Gleisanlage und den modernen Wagenpark kann die Höchstgeschwindigkeit von bisher 40 auf 60 Stundenkilometer angehoben werden.

Die unterirdische Neubaustrecke bringt mit den neuen Stationen „Längelfeldgasse“ (gemeinsam mit der U 4), „Niederhofstraße“ und der vorläufigen Endstation „Philadelphiabrücke“ (Schnellbahn, Lokalbahn, „62“, „64“, „7 A“, „8 A“, „59 A“, „62 A“ und „64 A“) eine optimale Anbindung des 12. Bezirkes und der Meidlinger Fußgängerzone an ein öffentliches Hochleistungsverkehrsmittel.

Zum Großteil finanziert durch die Einsparung von jährlich rund 100 Millionen Schilling durch die Einstellung der Linie „8“, kann mit der Inbetriebnahme der U 6 ein ganzes Paket an Verbesserungsmaßnahmen auf anderen Linien durchgeführt werden, die einen Großteil der Wiener Bevölkerung zugute kommen werden, betonte Verkehrsstadtrat Johann HATZL am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters. Aus diesem Gesichtspunkt läßt sich eine Parallelführung einer Straßenbahnlinie zur hochwertigeren U-Bahn-Linie, die öfter, schneller und kreuzungsfrei verkehrt, nicht vertreten. Im folgenden die Termine für die einzelnen Maßnahmen:

FREITAG, 6. OKTOBER

14 Uhr	Linie „5 A“	Festakt und Inbetriebnahme der Verlängerung von der Traisengasse bis zur Griegstraße
14.30 Uhr	Linie „11 A“	Festakt und Inbetriebnahme der Verlängerung nach Heiligenstadt am Friedrich-Engels-Platz

SAMSTAG, 7. OKTOBER

Betriebsbeginn	Linie „62“	Intervallverkürzung von siebeneinhalb auf sechs beziehungsweise von zehn auf siebeneinhalb Minuten, Umstellung auf Solo-Gelenktriebwagen
Betriebsbeginn	Linie „15 A“	Neue Linienführung über die Niederhofstraße zur gleichnamigen U 6-Station
Betriebsbeginn	Linie „59 A“	Verlängerung von der Dörfelstraße bis zur Philadelphiabrücke
Betriebsbeginn	Linie „63 A“	Diese bisherige „Ersatzlinie“ für die Stadtbahn zwischen Meidlinger Hauptstraße und Gumpendorfer Straße verliert nach der U 6-Inbetriebnahme ihren Zweck und wird bis zur Niederhofstraße/Meidlinger Markt geführt

Betriebsbeginn	Linie „64 A“	Führung über die Philadelphiabrücke mit direkter Anbindung an U 6 und Schnellbahn
8.30 Uhr	Linie „12 A“	Inbetriebnahme mit Festtakt bei der Station Längenfeldgasse der Verlängerungsstrecke in den 15. Bezirk bis zur Huglgasse/Märzstraße als direkte Anbindung dieser Bezirksteile an den U-Bahn-Knoten Längenfeldgasse
9.30 Uhr	Linie U 6	Inbetriebnahme der U 6 ab Philadelphiabrücke, Verdichtung des Intervalles gegenüber der Stadtbahn von fünf auf dreieindrittel beziehungsweise von zehn auf siebeneinhalb Minuten, Führung bis Betriebsschluß sowohl nach Heiligenstadt als auch bis Friedensbrücke
13.30 Uhr	Linie „8“	Einstellung
13.30 Uhr	Linie „64“	Wegen der Neubaustrecke der U 6 Führung von Siebenhirten nunmehr bis Meidling/Südbahnhof
20.45 Uhr	Linien U 2, U 4	Intervallverdichtung am Abend von zehn auf siebeneinhalb Minuten

Forts. von Blatt 2089

MONTAG, 9. OKTOBER

Betriebsbeginn	Linie U 4	Intervallverdichtung in der Frühspitze auf dreieindrittel Minuten
Betriebsbeginn	Linie „D gestrichen“	Auf dieser Überlagerungslinie zwischen Augasse und Südbahnhof werden vierachsige Großraumzüge (C1/c1) eingesetzt
Betriebsbeginn	Linie „J“	Führung mit Beiwagen aus den frei werdenden Zügen der Linie „8“
Betriebsbeginn	Linie „9“	Führung über Märzstraße/Neubaugürtel statt Felberstraße wegen Bauarbeiten am Europaplatz und in der Felberstraße
Betriebsbeginn	Linie „25“	Intervallverdichtung von dreieinhalb auf drei Minuten
Betriebsbeginn	Linie „71“	Einsatz von Gelenkzügen (E2/e5) mit ausfahrbaren Trittstufen
Betriebsbeginn	Linie „8 A“	Intervallverdichtung von zwölf auf zehn Minuten
Betriebsbeginn	Linie „37 A“	Inbetriebnahme von Friedensbrücke über Liechtenwerder Platz bis Ottakringer Straße (Montag bis Freitag 6 bis 20 Uhr, Samstag 6 bis 14 Uhr nur bis Liechtenwerder Platz, Intervall 15 Minuten) zur besseren Anbindung der Linie „44“ und der WU an die U-Bahn, bis die Gleise der Linie „44“ zur U 6-Station Hernalser Hauptstraße verlegt sind sowie die WU eine eigene U-Bahn-Station im Zuge der U 6-Verlängerung Floridsdorf erhält

Warum die Bezeichnung „U 6“?

Der Begriff Stadtbahn wird international für Straßenbahnen verwendet, die abschnittsweise wie eine U-Bahn betrieben werden. Die U 6 stellt eine auf

Forts. auf Blatt 2091

der gesamten Strecke völlig vom anderen Verkehr unabhängige U-Bahn-Linie dar. Die derzeitigen Linienbezeichnungen „G“ und „GD“ sind bei den Fahrgästen nicht mehr gebräuchlich und haben ihren Informationswert verloren. Im langfristigen Ausbauprogramm ist eine Linie U 5 für den Bereich des 17. und 18. Bezirkes vorgesehen. Die U 6 wird mit ihrer späteren Streckenführung Siebenhirten — Floridsdorf einen wesentlichen Bestandteil des Wiener U-Bahn-Netzes darstellen.

Warum keine Silberpfeile?

Die alten Stadtbahnwagen (N1/n1) mußten aus Sicherheitsgründen dringend erneuert werden. Da zum damaligen Zeitpunkt ein gleichzeitiger Umbau der Strecke, der Signalanlagen und der Stationen nicht möglich war, mußten Fahrzeuge geschaffen werden, die auf der vorhandenen Anlage eingesetzt werden konnten. Nachdem der ursprünglich von den Verkehrsbetrieben beabsichtigte Betrieb mit Silberpfeilen aus denkmalpflegerischen Gründen bezüglich des dafür notwendigen Umbaus der Otto-Wagner-Brücke nicht akzeptiert wurde, erfolgt der U 6-Betrieb nun mit den bisherigen Garnituren. Die im Einsatz befindlichen E6/c6-Garnituren sind durch ihr geringes Alter und ihre hochwertige Ausrüstung durchaus zum Betrieb der U 6 geeignet, ihr Ausscheiden ließe sich nicht rechtfertigen. In der Fahrtdauer auf der U 6-Strecke bestehen zwischen „E 6“ und „Silberpfeil“ kaum Unterschiede.

Insgesamt werden auf der U 6 15 Vierwagenzüge (zwei E 6 und zwei c6) verkehren. Ein Zug hat damit ein Fassungsvermögen von 430 Personen, die gesamte Beförderungskapazität beträgt pro Stunde 7.740 Fahrgäste. (Forts. mgl.) roh/gg

Forts. von Blatt 2090

Wiener Verkehrsunfallstatistik 1988

Wien, 26.9. (RK-KOMMUNAL) Von der Bundespolizeidirektion Wien wird jährlich eine Verkehrsunfallstatistik herausgegeben, deren Fassung für das Jahr 1988 nunmehr vorliegt. Sie wurde am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters von Verkehrsstadtrat Johann HATZL der Öffentlichkeit präsentiert, der dazu auch Feststellungen hinsichtlich der generellen Tendenzen traf, die in einigen Bereichen verstärkte verkehrserzieherische und aufklärende Maßnahmen erforderlich scheinen lassen.

Deutliche Zunahme bei tödlichen Unfällen

Im Jahr 1988 wurden der Verkehrsunfallstatistik mittels Zählblättern in Wien 65.205 Verkehrsunfälle gemeldet, bei denen 90 Personen getötet und 8.931 Personen verletzt wurden.

Die Anzahl der Verkehrsunfälle mit Personenschaden — diese sind unbedingt meldepflichtig — nahm gegenüber dem Jahr 1987 um 0,25 Prozent, die Zahl der Verkehrstoten jedoch um 23,28 Prozent, also knappein Viertel, zu. Wobei zu den Personen, die bei Verkehrsunfällen getötet wurden, allerdings nur jene zählen, die am Unfallort oder innerhalb von drei Tagen (72 Stunden) an den Folgen der beim Verkehrsunfall erlittenen Verletzungen verstorben sind.

Die Zahl der Kraftfahrzeuge stieg im vergangenen Jahr um 2,02 Prozent, sodaß sich der Gesamtstand von 612.886 auf 625.231 Fahrzeuge erhöhte.

Nur jede zweite Lenkerprüfung positiv

Insgesamt 50.813 Lenkerprüfungen wurden im Jahr 1988 abgenommen, wobei 24.268 Personen die Prüfung bestanden. Im Vergleich dazu betrug die Zahl der abgenommenen Lenkerprüfungen im Jahr 1987 52.595, wovon 23.570 Prüfungen mit Erfolg abgelegt worden sind.

Alkohol am Steuer kein Kavaliersdelikt

Leider steigend — um 20 Prozent — waren der Entzug der Lenkerberechtigungen wegen Alkoholisierung von 2.364 im Jahr 1987 auf 2.846 im Jahr 1988 sowie die Fahrerflucht, die um fast 30 Prozent auf 550 Fälle im Jahr 1988 zunahm.

Die Gesamtzahl der im Jahr 1988 durchgeführten Alkotestproben betrug 6.587 (1987: 6.927), wovon 4.373 (1987: 4.372) positiv waren.

In diesem Zusammenhang wies Hatzl eindringlich darauf hin, daß Alkohol am Steuer, in welcher Form auch immer, kein Kavaliersdelikt darstellt.

Verkehrserziehung und Schulwegsicherung

Wesentliche Anliegen stellen die Verkehrserziehung und die Schulwegsicherung dar; im Jahr 1988 wurden in Schulen und Kindergärten 2.934 Stunden Verkehrserziehung abgehalten.

Im Bereich der Schulwegsicherung gab es im Jahr 1988 insgesamt 249 Sicherungspunkte, die überwacht beziehungsweise geregelt wurden. Allerdings übten neben Sicherheitswachebeamten und Organen der Straßenaufsicht (Politessen) bisher nur 91 Schülerlotsen ihren Dienst aus. Der Verkehrsstadtrat appellierte deshalb an alle Personen, die eine solche verdienstvolle Aufgabe übernehmen wollen, sich bei der Bundespolizeidirektion Wien zu melden. Als Kontaktpersonen fungiert Hauptmann Mahrer, Telefon 31 31/7615 Durchwahl.

Verwaltungsstrafverfahren

Die Zahl der Verwaltungsstrafverfahren, die bei den Bezirkspolizeikommissariaten (1. bis 23. Bezirk) abgehandelt wurden, betrug im Jahr 1988 523.013 der 44,1 Prozent aller protokollierten Akten.

Die Gesamtzahl der im Jahr 1988 verhängten Organstrafverfügungen betrug 598.545, was gegenüber dem Jahr davor eine Zunahme um 5,1 Prozent bedeutet.

Wien - Neapel und zurück

Das Wiener Straßennetz weist eine Länge von rund 2.733 Kilometern auf, es setzt sich aus 2.524 Kilometern Gemeindestraßen und 209 Kilometern Bundesstraßen zusammen. Die Straßenlänge, die von den Beamten der Bundespolizeidirektion Wien überwacht werden muß, entspricht damit der Strecke Wien - Neapel und zurück.

Auf diesem Straßennetz werden derzeit die Einhaltung von rund 80.000 Verkehrszeichen im Sinne der Straßenverkehrsordnung ebenso überwacht wie rund 500 Behindertenzonen. Die Zahl der Lenkererhebungen, die im Jahr 1988 von den Kriminalbeamten der Bundespolizeidirektion Wien durchgeführt wurden, betrug 190.124. (Schluß) pz/bs

Forts. von Blatt 2092

Wettbewerb Eissporthalle Wien 22

Wien, 26.9. (RK-KOMMUNAL) Problemstellung und Ziel des Wettbewerbes für die künftige neue Eissporthalle im 22. Bezirk, beim Donauzentrum, erläuterte Stadtrat Dr. Hannes SWOBODA am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters. Für Zwecke der Weltausstellung Wien-Budapest 1995 wird das Areal westlich Wagramer Straße und Konferenzzentrum Wien als Kernzone der Ausstellungsflächen benötigt. Die derzeit dort bestehende Halle der Wiener Internationalen Gartenschau (WIG 1964), die als Eissporthalle Verwendung findet, muß daher abgesiedelt werden. In unmittelbarer Nähe des Bezirkszentrums Kagran (Attemsgasse, Prandaugasse) konnte ein Ersatzstandort für eine neue Eissporthalle gefunden werden. An dieser Stelle sind die verkehrlichen Randbedingungen deutlich besser als im Donaupark: kürzere Fußwegverbindung zur U-Bahn, künftig ausreichendes Stellplatzangebot auch für Großveranstaltungen durch Mitbenützung der Park-and-ride-Stellplätze.

Die neue Eishalle soll deutliche Verbesserungen für den Breiten- wie auch den Spitzensport bringen: Eislauf- und Eishockeybetrieb wird dort während des ganzen Jahres möglich sein.

Ziel des Wettbewerbes soll das Erlangen von Vorentwürfen für eine Eissporthalle sowie für öffentliche Gebäude (Bücherei, städtische Amtsgebäude), Betriebsgebäude (Fachmarkt) und Verkehrsbauten (Park-and-ride-Garage) westlich der U-Bahn-Station Kagran zur Darstellung des städtebaulichen Konzeptes sein. Besonderes Augenmerk gilt dabei den von diesen Gebäuden umschlossenen Plätzen und der Gestaltung der fußläufigen Verkehrsverbindungen.

Folgende Objekte sollen behandelt werden:

- Eissporthalle inkl. Kegelbahn (ca. 5.000 Quadratmeter Nutzflächen)
- städtische Bücherei (1.400 Quadratmeter)
- Fachmarkt (6.500 Quadratmeter)
- Parkhaus mit 1.300 Stellplätzen für Park-and-ride
- Amtsgebäude

Baukünstlerischer Wettbewerb öffentlich für ganz Österreich mit ausländischen Zuladungen

TERMINE:

Konstituierende Sitzung 25.9.1989

Ausgabe der Wettbewerbsunterlagen ab 16.10.1989

Abgabe der Wettbewerbsprojekte bis 27.2.1990

Jury 2. bis 4.4.1990

ZUSAMMENSETZUNG DES PREISGERICHTES

a) Fachpreisrichter:

Arch. o. Prof. Dipl.-Ing. Dr. Roland RAINER (Vorsitzender)

Arch. Prof. Mag. Johann GSTEU (Ing. Kammer) (Ersatzvorsitzender)

Arch. Dipl.-Ing. Karl HEINZ (Ing. Kammer)

OSTBR Dipl.-Ing. Rüdiger HÄLBIG (MA 19)

b) Sachpreisrichter:

SR Dr. Ferdinand PODKOWICZ (MA 51)

Direktor Dkfm. Manfred DERP (Ekazent/Wr. Holding)

BV Albert SCHULTZ (Bezirksvorsteher)

ERSATZPREISRICHTER

a) Fachpreisrichter:

Arch. o. Prof. Timo PENTTILÄ

Arch. Dipl.-Ing. Georg BALDASS (Ing. Kammer)

Arch. Dipl.-Ing. Horst PARSON (Ing. Kammer)

OSTBR Dipl.-Ing. Josef MATOUSEK (MA 19)

b) Sachpreisrichter:

Andreas KUBIN (MA 51)

Direktor-Stellvertreter Ing. Gottfried GLASER (Ekazent)

GR Ruth BECHER (Bezirksvorsteherung)

PREISE

An Preisen sind vorgesehen:

1. Preis S 300.000 + S 60.000 MWSt

2. Preis S 250.000 + S 50.000 MWSt

3. Preis S 200.000 + S 40.000 MWSt

3 Ankäufe je S 83.334 + S 16.666 MWSt

(Forts. mgl.) lf/bs/rr

Forts. von Blatt 2094

Matzenauer zum Rechnungshofbericht

Wien, 26.9. (RK-POLITIK) In einem Artikel im „Profil“ wurde der Rechnungshofbericht über das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport und dem Stadtschulrat für Wien veröffentlicht. Dazu stellte der amtsführende Präsident des Stadtschulrates für Wien, Prof. Hans MATZENAUER, fest:

„Der Stadtschulrat für Wien hat zu diesem Rohbericht bereits ausführlich schriftlich Stellung genommen und in mehreren Fällen Richtigstellungen angebracht. Der Kritik, soweit sie berechtigt war, wurde vollinhaltlich entsprochen.

Beschäftigungssituation

An der Spitze der konkreten Vorhaltungen steht die Beschäftigungssituation der Bundeslehrer. Im Profil-Beitrag entsteht der Eindruck, daß es in Wien bei einem Soll-Stand von 25.560 Lehrern eine Überbesetzung von 5.259 Personen gibt, die 'aus offensichtlich politischen Gründen über den Bedarf hinaus beschäftigt werden'. Damit wird der Eindruck erweckt, daß mehr als 5.000 Lehrer in Wien spazieren gehen. Tatsächlich ist diese Zahl absolut unrichtig. Es gibt in Wien nirgendwo Lehrer, die nicht dringend gebraucht werden. Wien beschäftigt derzeit im Bereich des Stadtschulrates nur 6.857 Bundeslehrer (Stand 1.1.1988). Der steigende Bedarf an Lehrern ist ein Ergebnis geänderter sozialer Bedingungen und daraus resultierender Umschichtungen in den Schularten. Zahlreiche Eltern- und Lehrerinitiativen haben in der letzten Zeit deutlich gemacht, daß die Probleme der Klassenschülerhöchstzahlen vordringlich gelöst werden müssen. Darüber hinaus gäbe es bei den betroffenen Eltern und Schülern überhaupt kein Verständnis dafür, daß aus Gründen des Dienstpostenplanes jedes Jahr Klassenverbände aufgelöst und zusammengelegt werden müßten. Die Öffentlichkeit fordert zu Recht, daß die Schule mit entsprechenden pädagogischen Maßnahmen auf gesellschaftliche Veränderungen reagiert. Allerdings muß allen Beteiligten klar sein, daß neue Lernmethoden zur individuellen Förderung (Förderung von Begabungen, zusätzliche Fremdsprachen), Integrationsmaßnahmen für behinderte Kinder, notwendige Maßnahmen zur Förderung des interkulturellen Lernens bei einer steigenden Zahl von Gastarbeiterkindern und notwendige Hilfen bei erziehung- und verhaltensschwierigen Kindern nicht ohne zusätzliche Lehrer bewerkstelligt werden können. Somit ist der Vorwurf des 'auffallend sorglosen Umgangs mit öffentlichen Mitteln' entschieden zurückzuweisen. Es ist blanker Zynismus, wenn im Zusammenhang mit notwendigen Investitionen in die Bildung von einem sich 'ergebenden Schaden für den Steuerzahler von 2,1 Milliarden Schilling' gesprochen wird. Pädagogik mit dem Rechenstift würde einen Rückschritt in die schulische Steinzeit bringen. Darüber hinaus ist festzustellen, daß der Stadtschulrat für Wien trotz der vielfachen neuen pädagogischen Herausforderungen immer entsprechend den gesetzlichen Richtlinien gehandelt hat.

Pensionierungen

Der Rechnungshof stellt fest, daß die Ursache für die vorzeitigen Lehrerpensionierungen in Ballungsgebieten (z.B. Graz, Wien) auf 'die dort herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen, besonders hohen Anforderungen und einem frühen Verschleiß' zurückzuführen sind.

Dieser Argumentation kann man sich durchaus anschließen. Die im Bericht genannten konkreten Beispiele von vorzeitigen Pensionierungen sind in der Zwischenzeit bereits hinlänglich aufgeklärt. Der Stadtschulrat für Wien hat in mehreren Fällen bereits amtsärztliche Gutachten, in denen den Betroffenen die 'dauernde Dienstunfähigkeit' bescheinigt wurde, angezweifelt und zusätzlich fachärztliche Gutachten erstellen lassen. Auch

im genannten Fall eines Berufsschullehrers wurde das amtsärztliche Gutachten vom klinischen Befund bestätigt. Die Vorwürfe des Rechnungshofes an den Stadtschulrat für Wien gehen daher in die falsche Richtung. Dem Rechnungshof sollte eigentlich bekannt sein, daß auf Grund dieser Gutachten der Stadtschulrat für Wien keine andere Entscheidung treffen konnte.

In der Angelegenheit des namentlich genannten ehemaligen Direktors Ernst Schmid lag dem Stadtschulrat für Wien ebenfalls ein amtsärztliches Gutachten auf dauernde Dienstunfähigkeit vor. Trotzdem wurde die beantragte Pensionierung nicht durchgeführt. Erst durch eine Entscheidung des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Sport erfolgte die Versetzung in den Ruhestand.

Sanierung von Schulen

Die Generalsanierung von Wiener Bundesschulgebäuden ist seit Jahren ein vordringliches Anliegen des Stadtschulrats für Wien. Mehrmals wurden diese Forderungen in parlamentarischen Beschlüssen (Schulentwicklungsprogramm) anerkannt. Die budgetäre Berücksichtigung erfolgte allerdings so zögernd, daß im vergangenen Jahr erst nach erheblichen Protesten durch Verantwortliche der Stadt Wien zusätzliche Mittel genehmigt wurden. Die Erhaltung bestehender Schulen entbindet den Bund jedoch nicht von der Verantwortung, dort Neubauten zu errichten, wo gravierender Schulraummangel besteht. So auch den Schulneubau in Wien 14, Linzer Straße, der errichtet werden mußte, da es in den umliegenden Schulen zahlreiche Wanderklassen (Klassen ohne Schulraum) gab. Die Richtigkeit dieser Maßnahme zeigt sich auch dadurch, daß diese Schule derzeit voll belegt ist. Die nur im 'Profil' zitierte Kritik des Rechnungshofes: 'Den Politikern sei es wichtiger, nicht benötigte neue Schulbauten zu eröffnen, statt bestehende Schulen zu adaptieren', zeigt deutlich auf, wo der Rechnungshof den Weg der objektiven Beurteilung verläßt und sich auf politisch-polemische Abwege begibt.

Bei den fehlenden Bänden aus der Lehrerfortbildungsbibliothek handelt es sich um Exemplare, die ein ehemaliger Abteilungsleiter für wissenschaftliche Arbeiten entlehnt hat. Sie wurden in der Zwischenzeit zurück-erstattet.

Aus der Sicht des Stadtschulrates für Wien wurden alle vom Rechnungshof gestellten Fragen ausführlich beantwortet. Daher stellt der Stadtschulrat für Wien mit Befremden fest, daß immer noch von einer 'nicht rechtskonformen' Vorgangsweise gesprochen wird", schloß Prof. Hans Matzenauer. (Schluß) wstr/bs/rr

Forts. von Blatt 2096

Kulturstadträtin Pasterk zur 2. Phase Wettbewerb Messepalast

Wien, 26.9. (RK-KULTUR) Die Wiener Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK stellte zur Pressekonferenz des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung Dr. Erhard BUSEK über die 2. Phase des Messepalast-Wettbewerbs folgendes fest:

„Es ist erfreulich, daß Minister Busek und das Team Dieter Bogner und Dietmar Steiner, die Ausschreibung für die 2. Phase des Messepalast-Wettbewerbs so rasch und im Hinblick auf die Weltausstellung 1995 rechtzeitig fertiggestellt haben. Das Konzept, das der Ausschreibung zugrundeliegt, folgt in vielen Zügen der von der Stadt Wien bisher geübten Praxis einer Nutzung des Messepalastes als multifunktionales Kulturzentrum. Man ist damit endgültig von der Vorstellung einer toten Museumsinsel abgerückt. Die Hälfte des heute vorgestellten 1. Bauabschnitts, nämlich die Kunsthalle und die multifunktionale Halle, gehen direkt auf meine Wünsche und detaillierten Vorstellungen zurück.

Die Ausschreibung des Auslobers Bund folgt bei der Kunsthalle meinem am 7. August 1989 im Messepalast vorgestellten Raum- und Funktionskonzept. Mit der Errichtung der multifunktionalen Halle wurde meiner laufend geäußerten und in die Praxis umgesetzten Vorstellung einer gemischt-kulturellen Nutzung Rechnung getragen. Durch abendliche Veranstaltungen wie Theateraufführungen, Konzerte, Symposien, wird der Messepalast auch nach Museumsschluß von Leben erfüllt sein. Ich unterstütze die vorgelegte Ausschreibung für Kunsthalle, multifunktionale Halle und Museum moderner Kunst auch deshalb, weil von den einstigen Vorstellungen eines gigantischen Museumsblocks abgegangen wurde und nun ein sukzessiv verwirklichtbares Baukastensystem entwickelt wurde. Wenn Minister Busek von kultureller Manifestation der Republik spricht, so möchte ich dazu ergänzen, daß — siehe Teilung der Zuständigkeiten für die einzelnen Teile des 'Museumsquartiers' — es sich gleichermaßen um eine kulturelle Manifestation der Stadt Wien handelt, auf die wir alle stolz sein können.“ (Schluß) red/bs

Zilk: Wir können die neuen Pläne für die Roßauer Kaserne nicht zur Kenntnis nehmen

Wien, 26.9. (RK-POLITIK) „Wir können die Entscheidung von Bauminister Dr. Schüssel zur Neuplanung für die Roßauer Kaserne nicht zur Kenntnis nehmen“, betonte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK am Dienstag im Pressegespräch des Wiener Bürgermeisters. Dazu komme, so Zilk, daß er als Bürgermeister und Landeshauptmann von dieser neuen Entwicklung überhaupt nicht informiert worden sei und sie nun aus den Medien erfahren habe. Wien bestehe auf der seinerzeitigen mündlichen Zusage des Vorgängers von Minister Dr. Schüssel. Die Roßauer Kaserne müsse für die Bevölkerung geöffnet werden. „Wir sind gesprächsbereit“, betonte Zilk, und er könne sich eine Eskalation „hart auf hart“ im Interesse der guten Beziehungen zwischen dem Bund und der Stadt Wien eigentlich gar nicht vorstellen. Die Behauptung des Landesverteidigungsministeriums, daß Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Bechyna der Planung zugestimmt hätte, wies Zilk schärfstens zurück. „Der Stadtbaudirektor hat die Anwesenheitsliste bei den Gesprächen unterschrieben, daraus kann und darf doch auf keine Zustimmung zu Planungsüberlegungen geschlossen werden, noch dazu, wo der Stadtbaudirektor als Beamter auch gar keine politischen Beschlüsse fassen könnte.“ (Schluß) fk/rr

Mexikoplatz: Zilk ersucht Innenminister um Hilfe

Wien, 26.9. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK teilte am Dienstag in seinem Pressegespräch mit, daß er den Innenminister ersucht habe, bei der Lösung der Probleme am Mexikoplatz zu helfen. „Unser Instrumentarium ist erschöpft, wir haben Teilerfolge erzielt, aber keine wirklich befriedigende Lösung“, sagte der Bürgermeister. Deshalb habe er, Zilk, angeregt, zu überlegen, Personen, die angehalten werden, die Wiedereinreise nach Österreich durch einen Vermerk im Reisepaß unmöglich zu machen. Zilk: „Es gibt glücklicherweise aus Polen und Ungarn keine politischen Flüchtlinge mehr. Ich habe jedoch auch Verständnis für Wirtschaftsflüchtlinge, allerdings müssen sie sich, wie jeder andere, den Gesetzen der demokratischen Republik Österreich unterwerfen.“ (Schluß)
ger/bs

Kein Dioxin in Wiens Milch

Wien, 26.9. (RK-KOMMUNAL) In der in Wien ausgelieferten Milch ist kein Dioxin feststellbar! Dieses Ergebnis der Lebensmitteluntersuchungsanstalt des Bundes teilte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK Dienstag in seinem Pressegespräch mit. Zilk hatte die Anstalt um eine Prüfung ersucht. (Schluß) ger/bs

Ungarische Regierung beschließt EXPO-Teilnahme

Wien, 26.9. (RK-KOMMUNAL) Wie Bürgermeister Dr. Helmut ZILK am Dienstag in seinem Pressegespräch mitteilte, hat die ungarische Regierung den Beschluß gefaßt, die geplante Weltausstellung durchzuführen. Dieser Beschluß bedarf noch der Zustimmung des Parlaments, doch sei daran, wie Insider meinen, nicht zu zweifeln, sagte Zilk. (Schluß) ger/bs